

Dienstag, 15.11.1994	Ebermannstadt im Rathaus von 9.00 Uhr bis 11.30 Uhr. Beigeladene Gemeinde: Unterleinleiter.
Dienstag, 15.11.1994	Gräfenberg im Amtsgebäude der Verwaltungsgemeinschaft von 13.30 bis 15.00 Uhr, bei Bedarf länger.
Montag, 21.11.1994	Dormitz in der Gemeindeverwaltung von 9.00 Uhr bis 11.30 Uhr. Beigeladene Gemeinden: Hetzles, Kleinsendelbach.
Montag, 21.11.1994	Igensdorf im Rathaus von 13.30 Uhr bis 15.00 Uhr, bei Bedarf länger.
Dienstag, 22.11.1994	Langensendelbach im Rathaus von 9.00 Uhr bis 11.30 Uhr.
Dienstag, 22.11.1994	Gosberg im Rathaus von 13.30 Uhr bis 15.00 Uhr, bei Bedarf länger. Beigeladene Gemeinden: Kunreuth, Pinzberg, Wiesenthau.
Mittwoch, 23.11.1994	Pretzfeld im Rathaus von 9.00 Uhr bis 11.30 Uhr.
Mittwoch, 23.11.1994	Hallerndorf im Rathaus von 13.30 Uhr bis 15.00 Uhr, bei Bedarf länger.
Forchheim, 13.10.1994	

§ 3 Schutzzweck

Zweck der Unterschutzstellung ist es,

1. die Vorkommen der dort lebenden Pflanzen- und Tierarten zu schützen und deren optimale Entwicklung zu gewährleisten, insbesondere die Bestände der nur in der Fränkischen Schweiz vorkommenden fränkischen Mehlbeere (*Sorbus franconica*) und des fränkischen Habichtskrautes (*Hieracium franconicum*) sowie die wertvollen Gesellschaften der Felsstandorte zu erhalten, zu schützen und zu fördern,
2. die Felsbildungen des Malm zu erhalten und zu schützen,
3. zur Belebung des Landschaftsbildes im Raum der Fränkischen Schweiz beizutragen,
4. die Nieder- und Mittelwaldbewirtschaftung, eine althergebrachte Waldbewirtschaftungsform, aufrechtzuerhalten und zu fördern,
5. einen artenreichen wärmeliebenden Linden-, Ahorn-, Eschen-, Hangwald und steppenheidewaldartige Bestände im Bereich um die Felsköpfe zu erhalten, zu schützen und zu fördern,
6. die offenen (waldfreien) Flächen sowie deren Aushagerungsflächen (Degradationsstadien) zu erhalten und zu entwickeln,
7. die natürlichen Felsgebilde als Lebens- und Fortpflanzungsraum für gefährdete Tier- und Pflanzenarten zu schützen und zu erhalten,
8. die Bewirtschaftung und Entwicklung dieses Gebietes wissenschaftlich zu erfassen und zu dokumentieren.

§ 4 Verbote

3.

4/44 – 173/94

Verordnung über den geschützten Landschaftsbestandteil „Hummenberg“ in der Gemarkung Streitberg, Markt Wiesenttal, Landkreis Forch- heim Vom 20. Oktober 1994

Aufgrund von Art. 12 Abs. 1 und 3 in Verbindung mit Art. 9 Abs. 4, Art. 45 Abs. 1 Nr. 4, Art. 37 Abs. 2 Nr. 3 und Art. 26 Abs. 1 des Bayerischen Naturschutzgesetzes – BayNatSchG – (BayRS 791 – 1 – U), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. April 1994 (GVBl S. 299), erläßt das Landratsamt Forchheim als untere Naturschutzbehörde folgende, mit Schreiben der Regierung von Oberfranken vom 6. Oktober 1994, Nr. 820 – 8632 d, genehmigte Verordnung:

§ 1 Schutzgegenstand

Die in der Gemarkung Streitberg, Markt Wiesenttal, gelegenen Felswände und -köpfe sowie die nieder- oder mittelwaldartig genutzten Waldungen werden in den in § 2 festgelegten Grenzen unter der Bezeichnung „Hummenberg“ als Landschaftsbestandteil nach Art. 12 Abs. 1 BayNatSchG geschützt.

§ 2 Schutzbereichsgrenzen

- (1) ¹Der geschützte Landschaftsbestandteil hat eine Größe von ca. 4 ha. ²Er besteht aus einer Teilfläche des Grundstückes Fl.Nr. 272 der Gemarkung Streitberg, Markt Wiesenttal.
- (2) ¹Der geschützte Landschaftsbestandteil ist in einer Karte im Maßstab 1:5 000 eingetragen. ²Die Karte (Anlage) ist Bestandteil dieser Verordnung.

(1) ¹Es ist gemäß Art. 12 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 9 Abs. 4 BayNatSchG verboten, den geschützten Landschaftsbestandteil ohne Genehmigung der unteren Naturschutzbehörde (§ 6 dieser Verordnung) zu entfernen, zu zerstören oder zu verändern.

²Es ist vor allem verboten,

1. die gegenwärtige Vegetation durch kulturtechnische Maßnahmen zu verändern,
2. die Lebensbereiche (Biotope) der Pflanzen und Tiere zu zerstören oder nachhaltig zu verändern, insbesondere durch den Einsatz von Herbiziden (Unkrautbekämpfungsmittel), Insektiziden (Schädlingsbekämpfungsmittel), Fungiziden (Pilzbekämpfungsmittel), mineralischen oder organischen Düngemitteln,
3. Pflanzen oder Pflanzenbestandteile abzuschneiden, abzupflücken, aus- oder abzureißen, auszugraben, zu entfernen, zu beschädigen oder deren Wurzeln, Knollen, Rhizome oder Zwiebeln auszureißen, auszugraben oder mitzunehmen,
4. frei lebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, zu fangen, zu verletzen, zu töten oder ihre Eier, Larven, Puppen oder sonstigen Entwicklungsformen sowie Nist-, Brut-, Wohn- und Zufluchtsstätten zu beschädigen, zu zerstören sowie zum Fang frei lebender Tiere geeignete Vorrichtungen anzubringen,
5. die Pflanzen- und Tierwelt durch standortfremde Arten zu verfälschen sowie Pflanzen einzubringen und Tiere auszusetzen,
6. standortfremde Gehölze, insbesondere Fichte, Kiefer, Schwarzkiefer, Lärche, Strobe, Douglasie, Robinie oder Roteiche anzupflanzen, außer in Bereichen, in denen diese Gehölze bereits bei Inkrafttreten dieser Verordnung bestandsbildend waren,

7. Bodenbestandteile abzubauen, den Boden zu verdichten oder die Bodengestalt durch Aufschüttungen, Ablagerungen, Grabungen, Sprengungen und Bohrungen oder in sonstiger Weise zu verändern,
 8. bauliche Anlagen im Sinne der Bayerischen Bauordnung zu errichten oder zu verändern, auch wenn hierfür keine öffentlich-rechtliche Genehmigung (Baugenehmigung) erforderlich ist,
 9. Sachen jeder Art im Gelände zu lagern oder das Gelände zu verunreinigen,
 10. zu zelten, zelten zu lassen oder zu lagern,
 11. Flugmodelle zu betreiben,
 12. Feuer anzumachen und zu lärmern,
 13. außerhalb der dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen und Wege mit Fahrzeugen aller Art oder mit Wohnwagen zu fahren oder diese abzustellen,
 14. Bild- oder Schrifttafeln anzubringen oder diese aufzustellen oder Felsen zu beschreiben oder zu bemalen,
 15. Haken, Ösen oder andere Steighilfen an den Felsen anzubringen,
 16. Straßen, Wege, Pfade, Stege oder Plätze neu anzulegen oder bestehende zu verändern,
 17. Leitungen zu errichten oder zu verlegen,
 18. eine andere als nach § 5 dieser Verordnung zugelassene wirtschaftliche Nutzung auszuüben,
 19. Hunde frei laufen zu lassen, ausgenommen Jagdhunde beim Einsatz nach § 5 Nr. 1 dieser Verordnung,
 20. Manöver oder gleichartige Schießübungen abzuhalten.
- (2) Nach Art. 26 Abs. 1 BayNatSchG ist es verboten, auf der Fläche des geschützten Landschaftsbestandteils die markierten Wege zu verlassen, zu reiten oder auf Felsen zu klettern.

§ 5 Ausnahmen

Ausgenommen von den Verboten nach § 4 dieser Verordnung sind:

1. Die rechtmäßige Ausübung der Jagd sowie Maßnahmen des Jagdschutzes,
2. die zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit des geschützten Landschaftsbestandteils von der unteren Naturschutzbehörde angeordneten bzw. mit deren Billigung vorgenommenen Überwachungs-, Schutz-, Pflege- (insbesondere Entbuschungs-, Durchforstungs-, Felsfreistellungsmaßnahmen zur Zwecken des Artenschutzes), Ersatzpflanzungsmaßnahmen sowie präventive Maßnahmen zur Sicherstellung der Schutzwaldfunktion (insbesondere die Anlage von Steinschlag-schutzwällen und Riegeln, die Sicherung absturzgefährdender Felspartien durch Verbauungsmaßnahmen im erforderlichen Umfang oder deren Beseitigung),
3. das Aufstellen oder Anbringen von Zeichen oder Schildern, die auf den Schutz oder die Bedeutung des Landschaftsbestandteils hinweisen oder von Wegemarkierungen, Warntafeln, Ortshinweisen, Sperrzeichen oder sonstigen Absperrungen, wenn die Maßnahme auf Veranlassung oder mit Genehmigung des Landratsamtes Forchheim als untere Naturschutzbehörde erfolgt,
4. die ordnungsgemäße forstwirtschaftliche Bodennutzung auf bisher forstwirtschaftlich genutzten Flächen in der bisherigen Art und im bisher üblichen Umfang; es gilt jedoch § 4 Abs.

1 Satz 2 Nr. 6; auf den im Rahmen einer Pflegemaßnahme der höheren Naturschutzbehörde zuletzt nieder- bis mittelwaldartig genutzten Flächen unterhalb der Felsfüße sowie auf den Felssimsen und -köpfen, jedoch nur im Sinne dieser Bewirtschaftungsformen unter besonderer Schonung der fränkischen Mehlbeere; verboten ist jedoch das Fällen von Bäumen in der Zeit vom 15. März bis 31. Juli sowie ganzjährig das Fällen von Bäumen mit erkennbaren Horsten oder Höhlen,

5. unaufschiebbare Sicherungsmaßnahmen, die zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leben, Gesundheit oder bedeutende Sachwerte erforderlich sind.

§ 6 Genehmigung

(1) Die Genehmigung der in § 4 genannten Verbotshandlungen kann erteilt werden, wenn

1. überwiegende Gründe des allgemeinen Wohles die Erteilung der Genehmigung erfordern oder
2. die Befolgung der Verbote zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung mit den öffentlichen Belangen im Sinne des BayNatSchG, insbesondere mit dem Schutzzweck des geschützten Landschaftsbestandteils vereinbar ist oder
3. die Befolgung der Verbote zu einer nicht gewollten Beeinträchtigung von Natur und Landschaft führen würde.

(2) ¹Die Genehmigung kann unter Auflagen, Bedingungen oder befristet erteilt werden. ²Zur Gewährung der Erfüllung dieser Nebenbestimmungen kann eine angemessene Sicherheitsleistung gefordert werden.

(3) ¹Zuständig für die Erteilung einer Genehmigung ist das Landratsamt Forchheim als untere Naturschutzbehörde. ²Im übrigen gilt Art. 49 Abs. 3 Satz 1 Halbsatz 5 BayNatSchG entsprechend.

§ 7 Ordnungswidrigkeiten

(1) Nach Art. 52 Abs. 1 Nr. 3 BayNatSchG kann mit einer Geldbuße bis zu einhunderttausend Deutsche Mark belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig den geschützten Landschaftsbestandteil entfernt, zerstört oder verändert, insbesondere einem Verbot des § 4 Abs. 1 Satz 2 Nrn. 1 bis 20 dieser Verordnung zuwiderhandelt.

(2) Nach Art. 52 Abs. 1 Nr. 6 BayNatSchG kann mit Geldbuße bis zu einhunderttausend Deutsche Mark belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig einer vollziehbaren Nebenbestimmung in Form der Auflage zu einer Genehmigung nach § 6 Abs. 2 dieser Verordnung nicht nachkommt.

(3) ¹Nach Art. 52 Abs. 2 Nr. 3 BayNatSchG kann mit Geldbuße bis zu zwanzigtausend Deutsche Mark belegt werden, wer dem Verbot des § 4 Abs. 2 über das Betreten, über das Reiten oder das Klettern auf Felsen vorsätzlich zuwiderhandelt. ²Fahrlässige Zuwiderhandlung kann gemäß Art. 52 Abs. 3 in Verbindung mit Abs. 2 Nr. 3 BayNatSchG mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Deutsche Mark belegt werden.

§ 8 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Forchheim in Kraft.

Forchheim, 20. Oktober 1994

gez. Ammon, Landrat

Ammon, Landrat

